

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

№. 134

Dienstag, den 12. Juni 1923

18. Jahrgang

Die Wirtschaftsverhältnisse im Saargebiet nach dem Friedensvertrag.

Niel zu wenig beachtet und über man im unbesetzten Deutschland vom Saarrevier. Und gerade der stille und doch so zöde Kampf der Bewohner dieses für 15 Jahre unter die Verwaltung einer sogenannten Völkerbundregierung gestellten urdeutschen Gebietes mühte immer wieder im Stillen die Rede sein. Man soll im Saarland wissen und wissen, daß wir uns eins fühlen mit seinem Leid und seinem Kampf, aber auch mit seinen Hoffnungen die trotz aller französischen Drangsalierungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nicht erloschen sind und auch nicht erlöschen dürfen, wenn wir nicht nach Ablauf der 15jährigen Frist dieses wertvollen Landstückes endgültig verlustig gehen wollen.

Als sehr dankenswert kann es daher bezeichnet werden, daß auf einer jurzeit von der „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ gemeinsam mit den rheinischen Landesmannschaften im ehemaligen Herrenhaus in Berlin veranstalteten „Ruhr-, Rhein- und Saarausstellung“ der rührige Bund „Saarverein“ mit gutem und belehrendem Material vertreten ist und erfolgreich für die Sache seiner engeren Heimat wirbt.

In wie leichtfertiger Weise der sogenannte Völkerbund Frankreich, sei es mittel- oder unmittelbar das „Patronat“ über das deutsche Saargebiet ausüben läßt, erhellt aus einer Erklärung des Unterstaatssekretärs im Foreign-Office, Mac Neill, im Unterhaus, nach der die englische Regierung die obligatorische Franzosenführung im Saarland erfahren habe, ohne daß London über diese Maßnahmen vorher offiziell verständigt worden sei.

Ein Ueberblick über die Produktionsentwicklung des Saarbergbaues zeigt uns, daß in den Saargruben nach der erstmaligen faktischen Aufnahme im Jahre 1750 2400 Tonnen Kohle gefördert wurden; im Jahre 1790 wurden von einer Belegschaft von 850 Mann 50 000 Tonnen, im Jahre 1921 von einer Belegschaft von 71 888 Mann 9 465 000 Tonnen gefördert. In Ausführung des Versailler Bergverwaltungsvertrages fand am 17. Januar 1920 die Eigentumsübertragung der Saargruben an den französischen Staat statt, in dessen Auftrag die französische Verwaltung die Leitung der Gruben übernahm. Dort waren die Verluste, die der blühenden Industrie des Saarlandes durch die Auswirkung der Versailler Bedingungen ausgefüllt wurden. Von ihnen wurden ganz besonders die großen Unternehmungen der Gebr. Stumm und Gebr. Hühling betroffen. Der saarländische Besitz der Gebr. Hühling wurde in zwei Aktiengesellschaften eingebracht, an denen sich zu 60 bezw. 40 Prozent französisches Kapital vorzugsweise der Hauts-Journeaux et Fonderies de Pont-a-Mousson beteiligte. Mehrfache Ueberforderungsaktionen saarländischer Industriebetriebe finden wir bei der Halberner Hütte, die ihre Gewerkschaft Mülke in Mgringen verlor, bei den Dillinger Hüttenwerken, den Vereinigten Hüttenwerken Burbach-Gösch, Mühlungen, den Hütten- und Stahlwerken Riffingden und Burbach, die alle französisches Kapital zu 60 Prozent und mehr aufzunehmen gezwungen wurden. Auch das Eisenwerk Fraulautern ging in französische Hände über und wurde wieder in die französische Gesellschaft Smaltieres Reunis et Forges de Creil de la Sarre eingebracht. Andere Werke wie die Kleinleisen- und Schraubenfabrik F. Karcher, C. Roth u. Co., die Haly-Saarbrücker-Hartsteinindustrie A.-G. und die Gebr. Wt. A.-G. verlegten ihre Hauptstühle aus dem Saarland in das unbesetzte Gebiet.

So hat es Frankreich verstanden, auf die Wirtschaftslage im Saarrevier seit Inkrafttreten des Friedensvertrages sich 1. durch Uebernahme der Gruben, 2. durch die Zollmaßnahmen und 3. durch die Währungsfrage maßgebenden Einfluß zu sichern. Wie sich die Verhältnisse unter den gegebenen Umständen weiter entwickeln, insbesondere, wie die Aussichten für die Zeit nach dem 10. Januar 1925, dem Termin der Aufhebung der Zollfreiheit für die deutschen Produkte sich gestalten werden, ist heute kaum voraussehbar. Das Saargebiet wird nach manchen schweren wirtschaftlichen Stürmen abwehnen müssen, und letzten Endes hängt auch seine Zukunft von der Entwicklung der deutschen Gesamtlage ab.

Amerikanische Politiker und der Frieden der Welt.

Beschließens hervorragende Senatoren unter Führung Borah hatten dem Präsidenten Harding einen Besuch ab, um ihn zu veranlassen, Erklärungen abzugeben über die in seiner Memorial Day Rede (5. Juni) enthaltene Versicherung, daß die Vereinigten Staaten „ihren ganzen Einfluß einsetzen werden, um dem Frieden in der Welt aufrecht zu erhalten“. Die Senatoren blieben einige Stunden im Weißen Haus in Washington in Besprechung mit dem Präsidenten. Umgekehrt einer neuen Währungsweise sei es notwendig, die wichtigsten Nationen der Welt zu dieser Konferenz einzuladen. Alles sei auf erneute Währungsmaßnahmen. Eine starke britische Flottenbasis in Singapur, in der Nähe der Philippinen, mühte Amerika veranlassen, ebenfalls eine starke Basis dort ins Auge zu fassen.

Deutschland, so erklärte Senator Borah weiter hat zwar faktisch keine Unterseeboote und Flugzeuge. Ist aber in der Lage, durch seine chemische Industrie die Armeen der ganzen Welt zu versorgen. (?) Deshalb müsse Deutschland zur Konferenz eingeladen werden. Auch Rußland müsse zugezogen werden.

Präsident Harding erklärte, er halte die Einberufung einer neuen Währungskonferenz nach derartigen von Washington im Jahre 1921 für überflüssig. Trotzdem sei er bereit, wenn die Notwendigkeit vorhanden sei, eine Konferenz im Sinne der Senatoren einzuberufen.

Staatssekretär Hughes fügte hinzu, er sei nicht der Meinung, daß Präsident Harding den ersten Schritt zu einer solchen Konferenz tun solle, solange nicht das Reparationsproblem gelöst sei. Nach einer befriedigenden Lösung dieses Problems könne eine solche Konferenz ins Auge gefaßt werden.

Englands eigene Wege.

Als Ergebnis der bisherigen diplomatischen Verhandlungen lassen sich zwei Tatsachen mit einiger Sicherheit erkennen: Frankreich schlägt den übrigen Mächten vor, zunächst von der deutschen Regierung das Aufheben des passiven Widerstandes zu verlangen und erklärt sich weiterhin bereit, mit den Mächten über die Reparationsfrage auf der Grundlage des französischen Januarplanes zu verhandeln, bei welchem bekanntlich die Schuldfrage eine wesentliche Rolle spielt. Frankreich verlangt also damit in der Tat eine platte Annahme seines Standpunktes durch die englische Regierung, und nach den Informationen des „Daily Telegraph“ hat Boincare in diesem Sinne eine zweite Mitteilung in London vorlegen lassen, die im Ton nach autoritativ sein soll als die vom vorigen Freitag. Die dadurch entstandene Lage sei unhalbar, besonders keine Bürgschaft dafür bestehe, daß selbst nach einer Einstellung des passiven Widerstandes das deutsche Memorandum von Frankreich berücksichtigt werden würde.

England will wieder frei werden.

„Daily Chronicle“ schreibt, das deutsche Angebot biete eine wirkliche Gelegenheit, alle Parteien zu einer Erörterung zusammenzubringen. Die Ruhrfrage müsse jedoch ausgespart werden, wenn die Franzosen und Engländer über die Reparationsfrage ein Uebereinkommen wollten. Trotzdem hätten die Franzosen England ersucht, sich ihrer Forderung anzuschließen, daß die Deutschen den passiven Widerstand im Ruhrgebiet einstellen, bevor Verhandlungen eröffnet würden. England solle somit die Neutralität dessen zugeben, was seiner Ansicht nach illegal sei. Wenn auf dieser Forderung bestanden werde, so hätte die Beratung seinen Zweck. Wenn die Franzosen wirklich Reparationen wollten, so würde England ihnen helfen, alles zu bekommen, was man von Deutschland verlangen könne und werde ihnen in der Frage der Schuld an England entgegenkommen. Befehle aber Frankreich auf dem, was Lloyd George die Einsetzung der Macht über das Reich genannt habe, so dürfe England nicht weiter mit Frankreich zusammengehen. England müsse es ablehnen, sich weiterhin von Frankreich mitziehen zu lassen und müsse eine britische Politik befolgen in Gemeinschaft mit seinen Freunden, die bereit seien mit England in der Sache des Friedens und des Aufbaues der Welt zusammenzuwirken.

Fortdauer der Ruhrbesetzung unmöglich.

„Westminster Gazette“ sagt: Da, wie erklärt wird Mac Kenna einen von Baldwin und Curzon gebilligten Plan zur Frage der Reparationen und der alliierten Schulden hat, sei es wünschenswert, daß er so schnell wie möglich in die Lage komme, seinen Absichten Wirksamkeit zu verleihen. Auf dieser Seite des Kanals werde nichts mehr gewünscht als die Gelegenheit, zu einer Vereinbarung mit Frankreich zu gelangen. Aber wenn eine solche Vereinbarung davon abhängig gemacht werde, daß England die Fortdauer der Besetzung des Ruhrgebietes billige, so sei dies unmöglich, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland, wenn sich das Ruhrgebiet in französischen Händen befindet, beim besten Willen seine Hilfsschulden nicht entwideln und es seine Schulden nicht bezahlen könne. Bevor diese Antwort an Deutschland erteilt werde, sei es äußerst wünschenswert, daß die Mächte untereinander besprochen.

Times zur Aufgabe des passiven Widerstandes.

Der Finanzredakteur der „Times“ bestätigt den ausgesprochen günstigen Eindruck, den das deutsche Memorandum in der City hervorgerufen hat. Deutschland wolle alles wirtschaftlich überhaupt Mögliche tun, und die Haltung Frankreichs ist daher der englischen Geschäftswelt unverständlich. Die französische Forderung auf Einstellung des passiven Widerstandes hält man für vollkommen undurchführbar. In einflussreichen Kreisen wird erklärt, daß, wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, die Frage einer unabhängigen Aktion aktueller werde, die eine vollständige deutsche Wirtschaftskatastrophe noch verhindern könne. — Auch der „Daily Telegraph“ erklärt, daß die französisch-belgische Aktion in der Frage des passiven Widerstandes rein negativ sei und keineswegs den Weg für zweckdienliche Erörterungen eröffne.

Verhandlungen möglich.

Die „Times“ schreiben weiter: Trotz aller Hindernisse, die in Paris und bis zu einem gewissen Grade in Brüssel gegen die günstige Aufnahme der deutschen Vorschläge errichtet würden, scheint in allen drei Hauptstädten der wachsende Eindruck vorzuherrschen, daß diese Note einen ausgesprochenen Fortschritt gegenüber der vorherigen Note darstelle, und daß sie den Weg für aufrichtige und fruchtbare Verhandlungen eröffnen müsse. Es sei die Aufgabe der britischen Regierung, einen festen Grund zu finden, von dem man sich den Schwierigkeiten nähern könne. Dieser Grund könne gefunden werden in der endgültigen Festlegung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und in dem Versuch, den Betrag und die Zahlungsmethoden zu regeln. Die deutsche Note beschränke sich auf diese eine Frage und ihre Bedingungen seien derart, daß die britische Regierung sie nicht ablehnen dürfe.

Auf Frankreichs Mitwirkung kann verzichtet werden.

Nach dem diplomatischen Verfall der „Daily News“ befriedigt das deutsche Memorandum alle Erwartungen. Die Reparationsfrage wird von Baldwin, Curzon und Mac Kenna behandelt. Frankreichs Mitwirkung in der Frage des internationalen Ausschusses sei keineswegs unerlässlich. Großbritannien und Staaten würden nicht die geringsten Schwierigkeiten finden, die Dienste der höchsten Finanzautoritäten in Amerika und den meisten europäischen Ländern sich zu sichern. Es sei keineswegs unmöglich, daß eine solche Kommission ernannt werde. Frankreich werde dann zu dem Verzicht dieser Kommission Stellung nehmen können, wenn er veröffentlicht wird. Der praktische Plan, der bisher ausgearbeitet worden sei, sei nach allgemeiner Auffassung der Bericht Keynes und Brand-Kassel vom vergangenen November.

Lloyd George wünscht eine neue Belgienklärung.

Lloyd George erklärte in einer Rede, zwei neue Elch-Bohringen seien in den letzten Wochen entstanden. Im Osten habe Polen ohne Berechtigung Warschau annektiert. Was habe sich jenseits des Rheines ereignet? Ein Angebot sei erfolgt, die Reparationsfrage einem unparteiischen Tribunal zu unterbreiten. Werde es angenommen werden oder werden Frankreich und Belgien erklären: Nein, wir haben die Macht, warum sollen wir uns einem Tribunal unterwerfen? Wir haben ein Deer, wir haben Kanonen, laßt sie entscheiden! Lloyd George schloß, wenn nicht eine neue Bestimmung in der Welt entstehe, dann verzweifelte er an der Zukunft der Abwicklung.

Ueberblick.

Im ganzen wird die Situation im „Daily Telegraph“ in folgender Weise zusammengefaßt: Für die englische Regierung ist die Lage im Augenblick ungewiß, belästigt und überaus beunruhigend. Es besteht eine Unsicherheit in gewissen Grenzen haltende Entschlossenheit des Milieus für Deutschland und ein tiefes und dauerhaftes Gefühl der Freundschaft für Frankreich. Aber wenn die Mächte sich weigern, sowohl politisch wie auch wirtschaftlich eine andere als ihre eigene Ansicht in Betracht zu ziehen, so wird für die Dauer für das englische Kabinett nichts anderes übrig bleiben, als sich ausschließlich auf die Wahrung der englischen Interessen zu beschränken.

Die Neutralen und das deutsche Memorandum.

Das deutsche Angebot wird in der Schweiz günstig aufgenommen und allenthalben als Worts angesehen. Die „Nationalzeitung“ schreibt, das deutsche Memorandum biete für jeden, der ernstlich verhandeln will, eine brauchbare Verhandlungsgrundlage. Auch das „Journal de Geneve“ sieht einen klaren Fortschritt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ betont, daß die neue deutsche Note sich in der Form

den Untere...
das Sonn...
pferd-...
SLUB
Wir führen Wissen.

Wahrscheinlich dem letzten deutschen Angebot unterworfen. Das Garantierede bildet den Kern des deutschen Memorandums und es sei zu hoffen, daß es Rom und London gelingen werde, im Hand der positiven Offerten des deutschen Memorandums den Weg zur Verständigung zu finden. Die Casseler Nachrichten bezeichnen an der neuen Note wie in der Mahmal als die Hauptfrage, daß Deutschland seine Bereitwilligkeit ausbreite, die Bemessung der deutschen Garantieleistung einer unparteiischen internationalen Instanz anzuvertrauen. Wenn Frankreich nicht Land sondern Geld wolle, könne es diese Unternehmung nicht ablehnen. Aber das ist es, was auch die gesamte Schweizer Presse mehr und mehr bezweifelt. Frankreich will die Kapitulation nicht nur Deutschlands, sagt die „Nationalzeitung“, sondern auch Englands und Italiens.

Vollzug.

„Der Wolf“ schreibt, alle, die für eine schnelle und gerechte Lösung der Reparationsfrage seien, könnten das neue deutsche Angebot als eine befriedigende Tat betrachten. Der katholische „Kasseler“ beurteilt die Lage nicht sehr hoffnungsvoll, meint aber, man brauche den ersten ablehnenden Bescheidungen aus Paris noch keine entscheidende Bedeutung beigemessen. „Allgemeines Handelsblatt“ schreibt: Das deutsche Ersuchen um schiedsgerichtliche Entscheidung verdient sicher etwas anderes als höhnische Ablehnung.

Dänemark.

Das deutsche Memorandum hat in Dänemark zu längeren Kommentaren Anlaß gegeben. Das linksliberale „Fyns Venkresblad“ erklärt, daß die deutsche Regierung in dem Memorandum sehr weit gegangen sei. „Berlingske Tidende“ schreibt: „Wahrscheinlich ist es Einos Absicht, wie es in der Einleitung der Note heißt, einen weiteren Gedanken- und Austausch zu erleichtern. Durch die Note wird es unabweislich fast glücken, die Verhandlungen in Fluß zu halten. Die konservative „National Tidende“ kommt zu folgendem Ergebnis: Es liegt Grund vor, zu hoffen, daß das Angebot einen Schritt vorwärts bedeutet auf dem langen beschwerlichen Wege, der zurückgelegt werden muß, um Europas Nervensystem wieder auf einen normalen Zustand zu bringen.“

Schweden.

„Allhand“ bemerkt zum deutschen Memorandum: Frankreich will Deutschlands Vernichtung und, was gewisse englische Kreise auch wollen, die Vernichtung des deutschen Industrieapparates. Für Frankreich handelt es sich um eine neue Ostgrenze und den Wiederbruch und die Auflösung des Deutschen Reiches. Natürlich kann Deutschland nicht erwarten, daß sein Vorschlag sofort mit ausgestreckten Händen aufgenommen wird, aber er bildet jedenfalls eine feste und greifbare Unterlage für Verhandlungen.

Zu den Dortmunder Gewalttaten.

Die sofort von deutscher Seite eingeleitete Untersuchung hat bislang zu keinem Ergebnis geführt. Die Staatsanwaltschaft in Dortmund hat eine vorläufige Vernehmung von fünf Millionen für Angaben ausgesetzt, die dazu dienen, die Täter zu ermitteln. Der stellvertretende Polizeipräsident, Regierungsdirektor Martinus, ist aus Anlaß der Erschießung der beiden Franzosen verhaftet worden, ebenso der stellvertretende Oberbürgermeister, Stadtrat Blüme. Polizeikommissar Kleinow, der krank im Bett liegt, wird zurzeit von französischen Gendarmen bewacht.

Paris entrüstet sich.

Zu der Mordtat in Dortmund äußert sich die Pariser Presse in außerordentlich erregter Weise. Ein Dava-telegramm gibt folgende Darstellung der Mordtat: Zwei Adjutanten (die „Adjutanten“) bilden in der französischen Armee eine Brückengruppe zwischen Unteroffizier und Feldwebel, ungefähr entsprechend den deutschen Sergeanten) des 159. Infanterieregiments sind durch eine Gruppe, bestehend aus drei deutschen Zivilisten, in den Straßen von Dortmund ermordet worden. Einer der Adjutanten wurde von einer Revolverkugel in den Kopf getroffen und war sofort tot, während der andere noch einige Augenblicke am Leben war. Die französische Wache wurde alarmiert, und zwar durch deutsche Zivilisten, die von fern der Szene zusehen hatten. Diese waren auch in der Lage, den französischen Behörden ein Signalement der Täter zu geben. Die französischen Befehlshaber haben sofort eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet.

Epplein von Gailingen.

Von Franz Trautmann.
(7. Fortsetzung.)

„Hoi!“ rief Epplein und tat dergleichen, als er sich er die Flucht. Der Herr Ulrich ihm nach. Raum aber waren sie einhundert Schritte entfernt, so wandte sich Epplein, schlug ihm, wie mit Raubergewalt, das Schwert aus der Hand und pöf in den Wald. Da sprengten zwei heraus und hinter Herrn Ulrich her, der Epplein warf dem Gaul die Schlinge um, und sagte davon, so daß Herr Ulrich mit fort mußte. Die zwei Knächte folgten, die anderen aber hatten Eppleins Zeichen auch vernommen, drauf sie vom Kampf abließen, links um machten und auch nachließen. Die Nürnbergger wachten vor Wut, aber sie konnten nicht nach, denn Eppleins Gefellen hatten auf die Kofse abgesehen und sind um das andere zusammengefallen.

Da die anderen Nürnbergger mit dem Hauptmann antamen, war der Epplein schon längst über alle Berge und kam seiner Zeit mit Herrn Ulrich an einen sicheren Ort. Dort hielt er ihn fest und ließ den Doktor Rehm von Tramehsel dazu holen, der noch so schwach war, daß er fast vom Ross fiel. Epplein aber schickte ein Schreiben, dein stand:

„Wohlweis ehrenvest, hochgelahrte Herrn, meine guten Freunde und Gönner des Raich zu Nürnberg! Ich weiß jedweder gerne so lange lebt, als er vermag, hab ich zum Besseren bekunden und mich, obichon sie mich zu Dramaus begraben haben, wieder auf neu' in das Getliche herinbegeben, Well ich nun weh,

Eisen Sprengungen in der Pfalz.

Aus Mainz gehen dem „Berl. Lokalanz.“ auf Anwegen von vertrauenswürdigem Seite nähere Einzelheiten über zwei in ihren Folgen sehr weitgehende Schienen-Sprengungen zu, die auf den Strecken Landau-Weisenburg (bei Insheim) und Kallerslautern-Neustadt (bei Weidenthal) vorgenommen wurden. Infolge dieser Sprengungen fanden am 31. Mai zwei schwere Augenverletzungen statt, aber die aus leicht begreiflichen Gründen von französischer Seite nichts weiter verlautete. Daß die Verluste bei den Entgleisungen sehr groß sein müssen, geht daraus hervor, daß von Mainz sofort ein Lazarettzug nach Landau gezogen wurde. Man spricht an unterrichteten Stellen von etwa 60 bis 70 Toten und dürfte damit keinesfalls zu hoch gegriffen haben; auch soll der Materialschaden sehr bedeutend sein. In der gesamten Pfalz herrscht infolge der neuen Katastrophen bei den Deutschen sowohl als auch bei den Franzosen große Aufregung. Die üblichen Sperrmaßnahmen sind diesmal ganz besonders scharf durchgeführt worden, auch haben die bürgerlichen Regierungsstellen eine Beschlagnahme von 1 Million Mark auf die Entdeckung der Täter ausgesetzt.

Brücken Sprengung bei Bären.

Am Sonnabend ist bei Bären eine größere Brücke gesprengt worden. Aus diesem Anlaß ist über Bären der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Die Bechen Breußen 1 und 2 und die Gemeinde Dorfmar sind besetzt. Dorfmar und die Bechen 1 und 2 liegen im bisher unbesetzten Gebiet.

Die Eisenbahner verharren im Widerstand.

In Münster hat am Sonnabend abend der Reichskanzler eine Deputation der Eisenbahner empfangen, die ihm die feste Entschließung zum Ausdruck brachte, daß sie in der passiven Resistenz verharren würden.

Eine halbe Million Papiermark für einen Mord.

Am 8. Juni wurde in Herne eine Frau Klein von Franzosen schwer verletzt. Tags darauf ist sie ihrer Verletzung erlegen. Der französische Kommandant hat den Angehörigen eine Ablösungssumme von 500 000 Mark angeboten, deren Annahme aber abgelehnt wurde. Ueber den Grund der Erschießung ist bisher noch nichts bekannt gegeben worden.

Die Besetzung Schlageters.

Eine nähere Meldung über die Totenfeste Schlageters belagt folgendes: Nachdem am Sonnabend die sterblichen Überreste Schlageters hier eingetroffen waren, fand hier vor dem Rathaus, in dem der Sarg unter einer Halle von Kränzen und Blumenpenden aufgebahrt war, eine eindrucksvolle Trauerkundgebung statt, wobei der Bürgermeister Peltzer dem Heimgegangenen nachrühmte, daß er sein Leben nicht mit dem Verrat seiner Kameraden an die Franzosen habe erkaufen wollen. Später wurde die Leiche auf dem Fried-

hofe beigesetzt. Nach der Gewerkschaft Welt der katholische Geistliche eine Trauerrede, in der er betonte, daß der Versuch des Erzbischofs von Freiburg, dem französischen Präsidenten, französischen Kriegsministern und dem General Degoutie eine Begnadigung durchzusetzen, nicht gelungen sei. Eine überaus große Zahl von Kränzen wurde am Grabe niedergelegt. Auch eine Engländerin ließ eine Kranzgebilde niederlegen; eine Dame aus Mainz einen Kranz aus Rosen und Salmen; ein Bäcker einen Kranz mit der Aufschrift: Gruß aus Neuchâtel.

Gedächtnisfeier.

Aus Anlaß der Besetzung Schlageters in seiner Heimat veranstalteten auf dem Königsplatz in München die Vaterländischen Kampfbünde in Anwesenheit des Generals Rudenborff eine Gedächtnisfeier. Zunächst ergriff der protestantische Stadtpfarrer Koch das Wort, nach ihm der Oberleutnant Krieger. Stürmischer Beifall wurde laut, als der Redner ausrief, der Tod Schlageters werde nicht ungerächt bleiben. Von Heilrufen empfangen, trat dann Hitler vor und erklärte, das deutsche Volk von heute habe den Märtyrertod Schlageters garrn nicht verdient. Dieser Tod müsse die Erkenntnis bringen, daß wir den Todeskampf Deutschlands erleben, daß wir die Freiheit nicht durch Proteste und Reden, sondern nur durch die Tat erringen können. Daß wir nicht brauchen die Einheitsfront der Schwachen, sondern die Kampffront der Ganzen. Man dürfe deshalb nicht rasten, man müsse im Gegenteil den Kampfeswillen bis zum letzten Atemzug in unserem Volke zu entfachen, bis die Karole ist: Das Volk steht auf, der Sturm bricht los.

Die in der „Bühnenharmonie“ zu Berlin veranstaltete Gedächtnisfeier war von Tausenden aus allen Bevölkerungsklassen besucht.

Der Streik in Oberschlesien.

Aufruf der Gewerkschaften.

Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften erklärt einen Aufruf an die oberschlesische Arbeiterschaft in dem es heißt: Wenn der ausgetragene Streik von den Gewerkschaften übernommen werden soll, so kann dies nur eine vorübergehende Vertretung der Gewerkschaften beschließen. Der Kongress kam aber zu einer Beschlusfassung nicht, weil der seit Tagen vorbereitete Plan, ihn gewaltsam zu brechen, durchgeführt wurde, wobei die Verbandsfunktionäre mißhandelt worden sind. Die Gewerkschaften lehnen es ab, die Verantwortung für diejenigen zu tragen, die in den letzten Tagen dauernd zum Streik auffordern. Die Verbände fordern ihre Mitglieder auf, im eigenen Interesse und dem ihrer notleidenden Familien, bei der Arbeit zu verbleiben, oder die Arbeit wieder aufzunehmen und das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen in Berlin abzuwarten.

Generalkreisbesuch der Landarbeiter.

Der Deutsche Landarbeiterverband hat für Mittel- und Oberdeutschland den Generalkreisbesuch, da die Arbeitgeber die Erfüllung der bestehenden Landarbeiterforderungen ablehnen, sogleich gerade die schlesische Landwirtschaft in der letzten Zeit glänzende Gewinne gemacht hat. Die Mindestbedingungen des Landarbeiter-Verbandes für die Wiederaufnahme der Arbeit umfassen eine Notbeihilfe in Höhe eines Monatslohnes nach den Februarzahlen, ferner die Beurlaubung der Februarlohn für Juni. Bezahlung der Streiktage wird verlangt, dagegen die volle Anshaltung der Naturaldeputate und der Verzicht auf Entlassungen aus Anlaß des Streiks.

Vor Arbeitseinstellungen in Hannover.

Auch in Hannover hat die Notlage der arbeitenden Bevölkerung erheblich zugenommen. Erste Kompensationen sind in den Betrieben des Feiner Walzwerkes und der Nleder Hütte zu besichtigen. Die Arbeiter dieser Betriebe haben das letzte Angebot der Metallindustrie ab 9. Juni 2500 Mark Stundenlohn, mit Neuzugewinnmehrheit abgelehnt und sich für Arbeitseinstellung entschlossen.

Da laut Arbeitsordnung eine achtstündige Rüstigungsfrist für die Betriebe besteht, wird diese Frist benutzt, um, unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums, eine Verständigung zu erzielen. — Die Vereinfachung der technischen Not-hilfe ist bereits angeordnet, weil durch die Stilllegung der betreffenden Werke die Stromversorgung der Stadt Hannover unterbrochen würde.

Epplein von Gailingen.

„Item, der Wolf von Wurmstein, mein guter Freund, laßt Euch Gruß entbieten. Der ist Euch sonderlich wohl genogen.“

„Nun begreift wohl jeder, daß da zu Nürnberg Lutz verhandelt ward, als sie merkten, daß Epplein keineswegs tot, sondern am Leben sei. Sie nahmen sich zwar vor, künftighin wohl auf der Hut zu sein, und bei guter Gelegenheit die Kaufleute zu überfallen, kürzlich aber machte der Rat den Doktor frei und der Herr Lutz den Herrn Ulrich, daß sie wieder nach Nürnberg kamen.“

(Fortsetzung folgt.)

daß darob keines Orts größere Freund' erwacht, denn in lobesamer Stadt des Reiches Nürnberg und bel sämtlichem Rat, so dacht ich dran, wie ich Euch alsbald ein trefflich Belchen großen Danks und vieler Lieb' entgegenlegen möcht'. Hab' demnach Herrn Ulrich Wendels und Teyels War' und Geld zu mir genommen, daß ihnen nit zu viel Sorg' um irdisch Gut ersch' und den Herrn Ulrichum mitgeföhrt, auf daß er ein Weniges frische Luft schöpfe. Wie Ihr das alles wisht und erkennt. Nun seht Ihr, wie ich Euch dank' und für Eure Ehr' bedacht bin! Denn Ihr könnt nun bewellen, Ihr wäret nicht so geldgierig und gelck, und des Schuyes und Schirmes Eurer Bürger und Stab- eingeleiteten unetngebent, wie die bösen Jungen reden, und mögt kaum bessere Gelegenheit finden als jetzt durch mich, Euren Freund! Vermeint' deshalb, Ihr mögt mir a dato in drei Tagen an dem Kreuzweg von Tramehsel die guten vierzigend Goldgulden erlegen, was wenig Geldlein Herr Ulrich der Jungfrau Agnes wohl mag wert sein, desgleichen einhundert für den gelehrten Doktor Rehm, als derselbe gern wieder zu Nürnberg wär', den ich auch gar gern dahin schicken möcht', damit er Euch Woch' für Woch' eine Anzahl zu Tod turier'. So Ihr nun das Geld bringt, nehmt Euch wohl in acht vor einlger Hinterlist' gegen mich! Denn so viel ich auch, wie jeder weiß und noch erfahren mag, Euch wohlwollenden Herren groß genelgt bin, so möcht' Euch doch der falsche Handel teuer zu stehen kommen, weil ich vorerst den beiden Herrn den Garaus machte und Euch so wohl auf die Köpfe drückte, daß Ihr der Beulen genug nach Hause trakt, was Belung Euch noch

teurer zu stehen kün', als die eihunderi Goldgulden. Geb' Euch also mein ritterlich Wort, daß den Eilichen, so mir das Geld bringen, kein Weids geschicht, und ihnen Herr Ulrich und der Doktor anbelimggeben wird. Hat' Euch aber wiederholdamt, bleibt mir auf die zehn Wogenstuh mit jeder Nacht vom Leib! So Ihr aber das Verlangte nicht erlegt, draus ich Eure Günst' Friedbeater und Lieb zu den beiden und zu mir entnehm', so muß ich wohl glauben, daß Ihr Eure eigenen Leute nit achtet und will sie in gutes Gewahrkam bringen, drauf ich sie dann von drei zu drei Tag um das Zwiesache von den eihundert Goldgulden aus- best'. Da könnt Ihr Euch dann zahlen genug, ungerachtet das Andere, das ich Euch antu'. Des mögt Ihr nun wohl besorgt sein und Euer Mut und Frommen wohl erwägen, auf daß wir für diesmal gute Freunde bleiben bis auf das Weitzere. Das wird sich seinerzeit schon finden.

Kleine politische Meldungen.

Verhandlung gegen August Werges. Vor der Strafkammer in Braunschweig wurde am Montag gegen den ehemaligen Staatspräsidenten von Braunschweig, August Werges, und Genossen verhandelt, denen von der Anklage zur Last gelegt wird, falsche Legitimationen für Kommunisten ausgestellt zu haben. Unter den Angeklagten befindet sich auch Frau Hofbauer, die in den ersten Revolutionstagen als Kultusministerin von Braunschweig fungierte. Aus den Anklageakten wurde festgestellt, daß in verschiedenen Städten Deutschlands von der kommunistischen Partei Stellen zur Ausfertigung falscher Pässe gegründet worden sind. Eine solche Stelle bestand sich auch in Braunschweig. Wie von der Anklage behauptet wird, ist eine solche Passzentrale auch in Berlin eingerichtet worden, die sich nahe beim Bahnhof Friedrichstraße befindet. Über einen falschen Pass bekam, wurde in das Ruhrgebiet geschickt, um dort mit den Franzosen in Verbindung zu treten und gegen Deutschland zu wirken. Sämtliche Angeklagte verweigerten die Aussage. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hegewisch aus Celle, beantragte weiter, die Verhandlungen auszussetzen und die Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Fluchtverdacht liege nicht vor. Der Gerichtshof schloß sich den Anträgen an, entließ die Angeklagten aus der Haft und vertagte die Verhandlung.

Bund der Kinderreichen. Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses in Berlin hielt gestern der Bund der Kinderreichen Deutschlands seine zweite Tagung ab, die zahlreich besucht war und zu der auch das besetzte Gebiet Vertreter entsandt hatte. Die Forderungen der Kinderreichen gehen dahin, daß ihre Vertreter zu allen gesetzgeberischen Arbeiten, welche für sie von Bedeutung sind, hinzugezogen werden und daß ihnen ausreichender Einfluß auf alle öffentlichen Angelegenheiten (Eig. und Stimme in den Wohlfahrts-, Jugend-, Arbeits-, Wohnungs- und Mietleistungskomitees) eingeräumt werde. Gefordert wird ferner, daß bei der Veranlagung aller steuerbaren Einkommen mehr als bisher auf die Zahl der Familienmitglieder Rücksicht genommen werde, ferner, daß die Kinderreichen von Schulgeld befreit werden, Lehrmittelfreiheit und Herabsetzung der Eisenbahntarife für Kinderreiche.

Interessante französische Wahlergebnisse. Der Bürgermeister von Le Havre, Mejer, wurde als Abgeordneter der Radikalsozialisten im Departement Seine-Inférieure gewählt. Im Departement Aisne wurden die radikalsozialistischen Senatoren Fouilloux und Messimy (früher Kriegsminister) gewählt. In den 7. Bezirk von Bordeaux wurde der kommunistische Marinsoldat zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt ist, mit 215 Stimmen gewählt.

24 000 slowenische Arbeiter für Frankreich. Daraus berichtet aus Prag, es sei ein Abkommen geschlossen worden, daß für das Jahr 1924 die Entsendung von 24 000 slowenischen Arbeitern nach Frankreich vorsehe.

Neues über die bulgarische Revolution. Nach in Wien aus Sofia vorliegenden Nachrichten über die Revolution und die Übernahme der bisherigen Regierung ist der Umsturz nicht so unblutig verlaufen, wie die ersten Meldungen es glaubhaft machen wollten. Es hat, wie gemeldet wird, 30 Tote und zahlreiche Verletzte gegeben.

Vor einem Umsturz in China. Daraus meldet aus Peking, daß die politische Krise in China sich immer mehr zu einem Staatsstreich gegen den Präsidenten Wj-huan-Lung entwickelt, der durch den Gouverneur der Provinz Petchili, Tschao-Kun, ersetzt werden soll. Polizei und bewaffnete Gendarmen bewachen die Straßen von Peking. Ein Teil der Polizei streift aus Entlohnungsgründen. Aus diesem Grunde hat die japanische Regierung vier Torpedobootzerstörer nach der chinesischen Küste entsandt.

Von Stadt und Land.

Uns, 12. Juni.

Vor einem Konflikt in der Regierungsmehrheit.

Es scheint, als ob es die Kommunisten wieder einmal für angebracht halten, die Regierung Selgner zum Bewußtsein zu bringen, daß ihre Lebensdauer nur vom guten Willen der Kommunisten abhängt.

In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß es in der Dienstag-Sitzung des Landtages zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Regierungsparteien kommen wird. Schon die Tagesordnung, über die wir berichtet haben, wird dazu genügenden Anlaß geben. Dabei werden die Kommunisten versuchen, folgende Forderungen, die ihr Landesvorstand an die sächsische Regierung gestellt hat, mit zur Verhandlung zu bringen:

1. Entlassung Fleißners;
 2. Regelung der Sicherheitsverhältnisse in Leipzig durch das sächsische Innenministerium;
 3. Zurückziehung der Polizei und Einsetzung der proletarischen Hundertschaften;
 4. Entlassung und strenge Bestrafung der Polizeioffiziere, die den Schießbefehl gaben;
 5. Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes in Leipzig, der nur noch eine Verschärfung der Situation bedeutet und
 6. Durchführung der kommunistischen Vorschläge zur Änderung der Not der Erwerbslosen.
- Zu einer ernstlichen Auseinandersetzung zwischen den beiderseitigen Regierungsparteien dürfte es sehr wahrscheinlich, so wie die Dinge heute liegen, wohl erst Ende des Jahres kommen, weil zunächst die vier Monate langen Parlamentarismus-Kommissionen, für die bekanntlich auch die Wahlen bewilligt sind, noch einmal sehr deklaratoren wirken dürften.

Die künftigen Postgebühren. Wie wir erfahren, ist nunmehr der neue Entwurf des Reichspostministeriums für die Erhöhung der Postgebühren fertiggestellt. Wir bemerken jedoch ausdrücklich, daß er noch, bevor er in Kraft treten kann, der Genehmigung des Reichstages, sowie des 27. Ausschusses des Reichstages unterliegt. Die Vorlage schließt sich eng an die Wünsche des Verkehrsrates, über die bereits berichtet wurde an. Sie sieht für Briefe und Postkarten das Dreifache der bisherigen Gebühren vor, die Sätze für Pakete sind in den niedrigeren Stufen etwa um das 2½fache gestiegen, in den höheren nicht ganz so viel. Entsprechend dem Vorschlag des Verkehrsrates sind die Fernspreckgebühren veranschlagt worden. — Nach dem neuen Entwurf werden also kosten:

Postkarten: Fernverkehr 120 Mark, Ortsverkehr 80 Mark; Briefe: bis 20 Gramm im Fernverkehr 800 Mark, Ortsverkehr 120 Mark; Drucksachen bis 25, 50, 100 Gramm: 60, 120, 180 Mark, Päckchen (bis 1 Kilogramm) kosten 600 Mark; Pakete bis 8 Kilogramm (5 Kilogramm) in der 1., 2. und 3. Zone 800, 1600, 1600 Mark (1200, 2400, 2400 Mk.). Die Grundgebühr für Telegramme beträgt 400 Mark, die Wortgebühr 200 Mark. Für Einschreibensendungen wird ein Zuschlag von 150 Mark erhoben, für Eisenbüchsen im Westbezirk 400 Mark, im Landbezirk 1200 Mark, für Eisenbüchsen 700 bzw. 1500 Mark. Auslandsbriefe (bis 20 Gramm) kosten 800 Mark, Postkarten 480 Mark, Drucksachen je 50 Gramm 180 Mark. Es ist damit zu rechnen, daß sowohl der Reichstag wie der Reichsrat keine wesentlichen Änderungen mehr an diesen Sätzen vornehmen werden.

Elternrat in der Oberrealschule. Nachdem es die Elternschaft der Oberrealschule zu Aue vor 4 Jahren einstimmig abgelehnt hatte, einen Elternrat zu gründen, hat sie sich jetzt auf das Ersuchen der Direktion und der Lehrerschaft erneut mit dieser Frage beschäftigt und in einer Ratsabstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, nunmehr auch hier einen Elternrat ins Leben zu rufen. Letzten Donnerstag fand die Elternratswahl in der Aula der Oberrealschule statt. Es wurden 10 Vertreter der Elternschaft gewählt und zwar 8 aus Aue und 2 aus der Umgegend. Außerdem haben sich 2 Mitglieder im Elternrat: der Rektor der Schule, 2 Mitglieder des Lehrerkollegiums, 1 Mitglied der Schulverwaltung und der Schularzt, so daß der ganze Elternrat aus 15 Personen, darunter 1 Dame, besteht. Zum Vorsitzenden wurde Rahnert Dr. Sauer in Aue gewählt.

Sport und Spiel.

Fußball. Alemannia wollte am Sonntag mit 4 Mannschaften in Oelsnitz beim Sportverein Wacker 08 und konnte trotz körperlicher Ueberlegenheit die Wogländer jüngste Resultate erzielen. Den Reigen eröffneten die Alten Dorren und unterlagen knapp mit 2:1, die B. Elf konnte ein 3:2 für sich herauskämpfen, während die 2. Elf trotz überlegenen Spielers durch Selbsttor in der letzten Minute mit 2:1 das Nachsehen hatte. Alem. 1 trat kurz nach 14 Uhr mit 2 Mann Ersatz der körperlich überaus kräftigen 1. Mannschaft von Wacker gegenüber. Von Anfang an ist der Kampf überaus flott, Alem. zeigt das gute alte sächsische Spiel, während Oelsnitz nur Lauf- und Stoßspiel pflegt. Alem. Ausserreihe unterstützt den Sturm in vorbildlicher Weise, und nach 15 Minuten ist es der Mittelstürmer der einen äußerst scharfen wohlplatzierten Schuß unhaltbar zum ersten Treffer für Alemannia macht. Oelsnitz wehrt nun mächtig ins Feuer um auszugleichen und ändert nun sein ganzes Können einsetzt, um der Bombenschüsse Herr zu werden die auf sein Zielstadium kommen, er erliegt aber seine Arbeit in einer hervorragenden Weise, und seine Bruchstellungen werden von dem äußerst zahlreichen unparteiischen Publikum des öfteren mit großem Beifall belohnt. Alem. Mittelstürmer, der heute einen sehr guten Tag hat, und eine ganz famose Ballwertstellung zeigt, reißt seinen Sturm immer wieder nach vorn und nach guter Vorlage von Dalbins jagt er den Ball zum zweiten Male in die Maschen. Halbzeit 2:0 für Alemannia. Nach Wiederbeginn versucht Oelsnitz etwas herauszuholen, aber jeder Angriff wird durch die ausgezeichnete Ausreihe oder die ballfichere Verteidigung Alem. abgestoppt. Dem kleinen flinken Georgi als Ersatzrechtsaußen gelingt es nach prächtigem Lauf 15 Min. vor Schluß Nr. 8 zu fuchen und 8 Min. später kommt Oelsnitz durch einen Fehler des rechten Außers Alem. zum verdienten Ehrentor. Der eingestrichelte Erfolg enttäuschte nach der angenehmen Seite. Trotzdem Alem. Elf am Tage vorher gegen den B. 1. S. Rudnig mit 5:0 gewonnen hatte, merkte man ihr nichts von Müdigkeit an. Der Elf gebührt für ihre Leistungen ein Gesamtlob.

Stollberg. Denkmalsverkauf zugunsten der Alterspension. In der Stadtverordnetenversammlung sollten die Stadterordneten von der Einstellung der Alterspension Kenntnis nehmen. In der Aussprache stellte die SPD-Fraktion folgende Anträge: 1. Die Alterspension sofort wieder aufzunehmen. 2. Den Rat zu ersuchen, entsprechende Mengen Lebensmittel umgebend zu kaufen. 3. Zur Beschaffung von Geldmitteln ist der bereits beschlossene Abbruch des Denkmals am Markt sofort zu vollziehen. Solange nicht dieses Millionenobjekt in Geld umgewandelt wird begun. worden ist, können wir es nicht verantworten, die Alterspension einzustellen. Antrag 1 und 2 wurden einstimmig, Antrag 3 gegen 7 bürgerliche Stimmen angenommen.

Wahl bei Wauen. Erschütternder Unglücksfall. Um einen in den Brunnen geratenen Jagd herauszuholen, stieg am Sonnabend der hiesige Landwirt Lautenschlager in den Brunnen und setzte sich zur Vorlicht an. Seine 20jährige Tochter, Buchbinderweberin Kramer, hielt das Seil. Offenbar ist nun in der Vetter eine Sprosse gebrochen, wodurch Lautenschlager rutschte und durch den bestigen Anprall seine Tochter mit in den Brunnen zog, die sich dabei eine schwere Kopfverletzung durch Aufschlagen auf einen Balken zuzog. Sie stürzte dann vollends in die Tiefe und ertrank. Der Vater wurde von Hilfsbereiten, Nachbarn aus seiner Adlen Lage befreit und die Leiche der Frau Kramer, die erst seit Januar in Wauen verheiratet ist, geborgen.

Leipzig. Der Beginn der Schießerei am Augustusplatz. Zu dem Tumult an der Griminalischen Straße am vorigen Mittwoch meldet der Volksbeirater von einwandfreien Personen ist bezüglich des Beginns der Schießerei, die so viele Opfer gefordert hat, folgendes beobachtet worden: Die Polizei hatte eben die Menge wieder aus der Griminalischen Straße auf den Augustusplatz zurückgedrängt und sich bis an die Ritterstraße zurückgezogen, als an der Ecke von Felsche in der Nähe des Briefkastens plötzlich ein Mann aus der Menge heraustrat, sich etwas vorbeugte und in die Griminalische Straße hinein einen Revolverausch absonerte und darauf sofort in die Menge zurücktrat. Es war dies der Schuß, durch den alle weiteren so schweren Folgen hervorgerufen worden sind. Dies geschah, nachdem kurz zuvor ein Polizeibeamter wiedergeklagt worden war.

Dresden. Besuch Elbener Sänger. Am Sonnabend trafen in Dresden die Elbener Sänger ein, die auf dem Bahnhofs mit Musik empfangen wurden. Die gegenseitige Begrüßung war außerordentlich herzlich. Im Gewerbehause fand ein großes Gesangsconcert statt, das allerdings nicht eben sonderlich besucht war. Nach dem Konzert wurde ein Komers abgehalten. Am Sonntag wurde in der katholischen Hofkirche die Messe solennis von Pombaur aufgeführt, gegen 1 Uhr mittags fand sodann eine Begrüßung im Landtage statt, zu der auch Ministerpräsident Selgner eine kurze Ansprache an die Gäste hielt.

Wirma. Ein harter nädiger Ausbrecher. Ein erwerbsloser Arbeiter war, wie der „Virtuosa“ berichtet, wegen Einbruchs festgenommen und dem Amtsgericht angeführt worden. Dort versuchte er nachts auszubringen. In seiner Zelle lockerte er durch Auskratzen der Mörtelrugen einen großen Sandstein um dann durch die entstandene Öffnung ins Freie zu gelangen. Durch die Aufmerksamkeit eines Gerichtsbeamten wurde dieser Ausbruchversuch aber vereitelt. Der Ausbruch durch die Seitenmauer mißglückt, so versuchte er nun durch die Decke zu entkommen. Auch hierbei wurde er, nachdem er mit dieser „Arbeit“ schon ziemlich weit war, nachts von dem Beamten wieder erwischt, und um weitere Ausbruchversuche zu vereiteln, legte man ihn in Ketten. Aber trotzdem gab der Widerpenstige die Hoffnung nicht auf. Er verschluckte zwei Sicherheitsnadeln, um damit seine Ueberweilung am das Krankenhaus zu erreichen. So kam es denn auch, am Freitag mittag wurde er aus dem Amtsgericht nach dem Krankenhaus in Wirma gebracht und nachdem durch eine Röntgenaufnahme die beiden Sicherheitsnadeln bei ihm festgestellt waren, als Kranker behandelt. Diese Gefährdung bemerkt nun der 28jährige Mensch, um in der Nacht im Freitags zu entweichen.

Letzte Drahtnachrichten.

Das englische Kabinett zum Memorandum.

Paris, 12. Juni. Die Agence Havas berichtet heute über das Ergebnis des englischen Kabinettsrats, der eine Stunde lang dauerte. Der Standpunkt des englischen Kabinetts konnte wie folgt gekennzeichnet werden: Die britische Regierung glaubt, daß es nicht möglich ist, als Vorbedingung für jede interalliierte Verhandlung die Einräumung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu verlangen, und daß die große Gefahr einer kommunistischen Reaktion bestehe. Die englische Regierung betont, daß es ihr sehr erwünscht sei, einen Friede zu vermeiden, aber sie erklärt, daß nach ihrer Ansicht Verhandlungen unter den Alliierten auf der Grundlage des deutschen Memorandums stattfinden können, müsse jedoch darauf aufmerksam machen, daß die in dem Memorandum enthaltenen Forderungen nicht annehmbar seien und daß sie unter dem Namen, was Dongar Law im Januar vorgeschlagen hatte. Das englische Kabinett macht deshalb den Vorschlag, den deutschen Plan zu ändern und Deutschland dahin zu bringen, die Bifferg des Landes von Dongar Law anzunehmen. Die britische Regierung sei davon überzeugt, daß das deutsche Reich einem ähnlichen Vorschlag zustimmen würde, wenn die französische Regierung der Ansicht ist, daß sie ihren Standpunkt aufrecht erhalten müsse, dann schlage die englische Regierung vor, eine Konferenz interallierter Sachverständiger zusammenzuberufen, welche die Mission haben würden, eine Unteruchung der allgemeinen Lage Deutschlands vorzunehmen, um die Riffern zu bestimmen, auf die man die Reparationszahlungen Deutschlands aufbauen könnte. Falls sich die Sachverständigen nicht einigen könnten, würde die britische Regierung nicht davor zurückschrecken, selbst Vorstellungen bei der deutschen Regierung zu machen, damit diese dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet ein Ende mache.

Dr. Cuno über den Abwehrkampf.

Parisruhe, 11. Juni. Reichskanzler Dr. Cuno traf heute abend hier ein und hatte mit der badischen Regierung Besprechungen. Anschließend fand ein Empfang beim Staatspräsidenten statt. Hierbei ergriff der Reichskanzler das Wort und sagte, auf seiner Reise, die ihn nach Württemberg und Heidelberg geführt habe, sei ihm aus allen Schichten des besetzten und Einbruchgebietes berichtet worden, daß die Bevölkerung dieser Gebiete den spontanen und aus der Bevölkerung herausgewachsenen Abwehrkampf bis zum guten Ende durchzuführen wolle. Besonders von Arbeitnehmerseite sei klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bevölkerung selbst die volle Verantwortung für den Abwehrkampf trage. Zu einem guten Ende des Kampfes gehöre es vor allem, daß Bayern, die Pfalz und das Rheinland, überhaupt die besetzten Gebiete unverändert beim Reiche und bei den Ländern zu denen sie gehören, bleiben. In dieser Beziehung gebe es für die Reichsregierung, die Landesregierung und die Bevölkerung keine Kompromisse und keine Konzessionen. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß die Reichsregierung bestrebt sei, den uns aufgezwungenen Kampf für alle Kreise zu lindern. Der Kampf sei zwar schwer, aber er würde mit der Einigkeit des gesamten Volkes geführt.

Die österreichische Anleihe.

Nach einer bei dem Völkerverbundskommissar Dr. Zimmermann eingelaufenen Londoner Depesche ist die Zeichnung auf die österreichische Anleihe, deren Subskriptionsfrist vom 9. bis 14. Juni festgelegt war, heute nacht 11 Uhr geschlossen worden, nachdem sie dreifache Ueberzeichnung aufwies.

Saujanne.

Saujanne, 11. Juni. Wie die türkische Delegation mitteilt, beharrt Ahmet Vafsa auf seinem Standpunkt, wonach die Türkei den Hilfsdienst nur in französischer Form, jedoch nicht in Gold sichern könne. Die Alliierten lehnen diese Auffassung der Türkei ab und fordern sie auf, sie neuem mit ihrer Regierung in Verbindung zu setzen. Ahmet Vafsa erklärte, daß er seine Regierung von dem negativen Verlauf der Sitzung unterrichten werde. In ihr 7 von 10 Kreisen sei mit man die Lage als sehr gespannt, hebt aber hervor, daß den Alliierten kein Ultimatum vorliege und daß von einem Abbruch der Konferenz nicht die Rede sei, sondern nur, daß beide Parteien auf ihrem bisherigen Standpunkt verharren.

Der Dollart notierte heute vormittag in Berlin von 100 Reichsmark mit 84 000.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. Druck u. Verl.: Kurt Deub. u. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Elm.

Neues aus aller Welt.

14 000 Mann Engländer. Die Hafenarbeiter in Hamburg haben nach dem Schlichtungsausschuss einen Schlichterpruch gefällt, wonach ihnen vom 16. Juni ab eine 100prozentige Lohnzulage bewilligt werden soll. Bis zum 12. Juni müssen sich die Parteien erklären haben. Der Tagelohn beträgt im Falle beiderseitiger Annahme 64 000 Mark.

Wunderfall im Versuch. Wie das Versuch-Observatorium meldet, in der Mittelzone des Versuches geborsten und in einer Ausdehnung von 80 Metern eingestürzt. Es bildete sich so dann ein neuer Krater mit einem Durchmesser von acht Metern, der große Schrammen aufschleuderte. Durch den Einsturz eines südlich davon gelegenen Kegels entstand ein zweiter Krater, der etwa 100 m zu einer Höhe von 8 Metern aufsteigt. In Puglia und Torre Maggiore wurde durch Erdstöße eine Panik hervorgerufen. Es wurde kein Schaden angerichtet.

Das Ende der Sauertraut-Kriegsgesellschaft. Auf Grund des Befehls über die Umwidlung von Kriegsgesellschaften und Kriegskolonien macht der Reichsfinanzminister im „Reichsanzeiger“ bekannt, daß die Kriegsgesellschaft für Sauertraut an. S. O. L., Berlin NW 7, am Weidenbaum 1a, mit ihren Aktiven und Passiven auf das Reich übergegangen ist. Mit der Umwidlung der Geschäfte dieser Gesellschaft ist die Reichs-Credit-Gesellschaft m. B. H., Eichhornstr. 9, beauftragt worden. Wäge die gute Kriegsgesellschaft für Sauertraut nach ihrer angestrengten langjährigen Tätigkeit den ewigen Frieden haben!

Dreifaches Ueberfall auf einen Kassenbeamten. Aus Merseburg wird geschrieben: Zwei Männer drangen in die Wohnung des Kassenverwalters der Spar- und Darlehnskasse Gottschall in Groß-Schloßberg und erzwangen mit Revolvern die Herausgabe der Kassenbücher und des Geldes. Sie

banden Gottschall auf einen Stuhl fest, steckten ihm einen Knobel in den Mund und warfen ihm eine Decke über den Kopf, sobald er dem Erschrecken nahe war. Darauf schloßen die Räuber den Schrank auf und nahmen das Geld mit und verschwand.

Ein Moskauer Sowjet-Delegierter über Deutschland. Im dem Exekutivkomitee des Moskauer Sowjets berichtete Sawrom über die Reise der Delegation dieses Sowjets nach Berlin. Der Berichterstatter betonte, daß die Delegation angesichts der geringen Zeit, die ihr zur Verfügung stand, die Kommunalwirtschaft und Industrie Berlins nur oberflächlich habe kennen lernen können. Der allgemeine Eindruck sei aber der, daß Deutschland gegenwärtig einen Zustand durchmache, der lebhaft an die erste Zeit nach der bolschewistischen Revolution in Rußland erinnere. Sawrom erwähnte u. a., daß Berlin eine schwere Wohnungsnot durchmache, da keine neuen Bauten errichtet würden. Die Wohnungsmieten seien so niedrig, daß die Hausbesitzer nicht imstande wären, Kapitalausbesserungen an den Häusern vorzunehmen. Im übrigen betonte Sawrom, daß die Stadtverwaltung Berlins bedeutend billiger als die Moskauer Stadtverwaltung arbeite. Als Beweis führte er die Tatsache an, daß die Berliner elektrische Station, die bedeutend mehr Kilowattstunden als die Moskauer elektrische Station liefere, nur von 88 Personen bedient werde, gegen 500 Personen in der Moskauer Station.

Rabekrüher. Kalifornische Fernsprechkabellisten erleiden schwere Einbußen durch einen kleinen Käfer, der sich in den Bleimantel des Telephonkabels einbohrt. Durch diese Bohrlöcher, die etwa 2 1/2 Millimeter Durchmesser haben, dringt Wasser ins Kabel, die Papierisolation wird zerstört und es treten Unterbrechungen im Fernsprechnetz ein, von denen bis zu 800 Teilnehmer betroffen wurden. Bestreichen der Bohrlöcher mit Gift ist wirkungslos gewesen, da die Käfer die

Bohrlöcher nicht verstopfen. Man hat sich durch Bestreuen mit Zieg, in dem die Käfer sterben bleiben und ersticken. Mit der Zeit will man dazu übergehen, die Kragerlinge, in deren unmittelbarer Nähe sich die Bohrlöcher ausschließlich befinden, gegen Ringe aus porzellanen Stopfbüchsen auszuwechseln.

Ein umfangreiches unabhängiges Nachschlagewerk über Politik wird nach langjährigen Vorarbeiten, die jedoch auf den Stand vom Frühjahr dieses Jahres fortgesetzt worden sind, unter dem Titel „Politisches Handwörterbuch“ im Laufe des Juni erscheinen. Das Werk ist ein Kulturdenkmal, ein Zeugnis von Deutschlands ungebrochenem, schöpferischen Geist, dem es vorbehalten blieb, auch auf diesem Gebiet ein Handbuch zu schaffen, das für die Welt vorbildlich werden wird. Es hält sich von jedem einseitigen Standpunkt fern, so daß es als sachliches Nachschlagewerk von den Angehörigen aller Parteien benutzt werden kann. Politik im weitesten Sinne umfaßt das Werk, so finden sich in ihm von zahlreichen Karten und statistischen Tabellen erläuterte Angaben über Persönlichkeiten und Organisationen der internationalen Politik, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Politik, Geschichte und politische Struktur der einzelnen Staaten, Seerwesen, Wirtschaft, Handel und Verkehr, Presse, Rechtswesen, Kultur- und Sozialpolitik. Der bekannte Historiker Prof. Dr. Paul Herre zeichnet als Herausgeber, Dr. Kurt Jagow hat ihm bei der redaktionellen Ordnung des umfangreichen Stoffes — fast 6000 einzelne Artikel von 180 Mitarbeitern — zur Seite gestanden. Führende Politiker, Männer der Wissenschaft, erste Fachleute haben wertvolle Beiträge geleistet. Der Verlag F. F. Koehler hat, um die Beschaffung des Werkes weiteren Kreisen zu ermöglichen, einen bis Ende Juni gültigen Subskriptionspreis von 175 000 Mark für die über 2000 Seiten starken Bände im Lexikonformat festgesetzt.

NACHRUUF.

Am 8. Juni verschied nach schwerer Krankheit unser lieber

Werkmeister Herr Constant Stoss.

Er war ein selten treuer, gewissenhafter und umsichtiger Mitarbeiter im Kirchsbergwerk.
Sein Andenken wird von uns immer hoch in Ehren gehalten und seine vorbildliche Pflichttreue und Arbeitsfreudigkeit nicht vergessen werden.
In aufrichtiger Trauer rufen wir dem Heimgegangenen ein „Habe Dank“ in die Ewigkeit nach.

Die Inhaber der Firma Erdmann Kirchsberg.

Aue-Kirchsbergwerk, am 12. Juni 1923.

NACHRUUF.

Unserem verstorbenen lieben Kollegen und Mitarbeiter,

Herrn Werkmeister Constant Stoss

rufen wir ein

„Ruhe in Frieden“

nach. Sein anständiger, lauterer Charakter, sein kollegiales Verhalten in und außer dem Dienst und nicht minder die guten Eigenschaften, die er als Vorgesetzter bewahrte, sichern dem Heimgegangenen ein ehrendes Andenken.

Die Angestellten und Arbeiter des Kirchsbergwerkes.

Aue i. Erzgeb., 12. Juni 1923.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des

Rudolf Langer

drängt es uns, allen für die liebevolle Anteilnahme während der Krankheit sowie beim Begräbnis und für die Spenden, die uns in so reichem Maße zuteil wurden, herzlich zu danken.

Besonderen Dank der Direktion sowie Beamtenvereinigung und Gürtlerlei der Firma Christian Gottlieb Wellner Aktiengesellschaft Auerhammer, dem Naturheilverein I u. dem Deutsch-Oestreicher-Verein für die Spenden u. Begleitung zum Grabe

In tiefer Trauer

AUE, Oberpfannenstiel, Löbnitz, Dresden, Neudörfel, den 11. Juni 1923

Linda verw. Langer geb. Schleck
nobst Kindern und Hietierbliebenen.

Für die liebevolle innige Anteilnahme beim Begräbnis meines lieben unvergesslichen Mannes sage ich hierdurch Allen
meinen aufrichtigen Dank.

AUE, den 12. Juni 1923.

Helene verw. Reinheckel.

Schützenhaus Aue.

Mittwoch, 13. Juni, **Garten-Konzert**
abends 7 1/2 Uhr
ausgeführt von der Auer Stadtkapelle.
Leitung: Kapellmeister Drechsel.

Nach dem Konzert: **Felner Ball.**
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Tauschermühle b. Aue Gesellschaftsabend.

„Gasthof Brunnlakberg“ Donnerstag feines Tänzchen.

Barf-Hotel Forelle

Morgen Mittwoch Gesellschaftsball.

Morgen
Mittwoch
abends 8 Uhr.
Ergebnis folgt in
— Ende 12 Uhr.
Gut Gutes.

Uchtung! Uchtung!

Bücher

Bin am Mittwoch, den 13. Juni in Aue, Hotel
Tische und taufe Lexika, größere Werke Klassiker,
gut erhaltene Romane, sowie ganze Bibliotheken
zu höchsten Tagespreisen. Zu sprechen von vor-
mittag 9 bis nachmittag 4 Uhr.
Otto Wert, Zwickau. Telefon 961.

Die Grasnutzung

auf diesem Nicolaisriedhof soll Donnerstag, 14. Juni,
abends 8 Uhr, zu vorher bekanntgegebenen Bedingungen an
Mitglieder unserer Kirchengemeinde gegen Barzahlung öffentlich
versteigert werden. Treffpunkt: Friedhof.
Der Kirchenvorstand zu St. Nikolai.

Klavierkamm. Köhler
Bergstr. 11 nächste Woche hier.
Werte Aufträge gest. erbeten
an die Ge... des St.

Schuhmacher

ausblissweise gesucht.
Louis-Fischer-Str. 10.

Laufjunge (10-12 J.)

sucht sich zu verändern,
Bank oder Industrie evtl. auch
als Lagerist.
Angebote unter N. N. 2056 an
das Aue Tagblatt erbeten.

Tischler-Möbel

aller Art verkauft preiswert
— Frühling, Reichstr. 3.
— Eigene Werkstätten.

Haararbeiten

feiner Art fertigen von einfach-
ster bis feinsten Ausführung
Stern & Gauger
Hofstr. u. Weidenstr. 48, am Weidenplatz

kleiner Laden

ohne Wohnung
bei zeitweiliger Vergütung.
Angebote unter N. N. 2043
an das Aue Tagblatt erbeten.

Tüchtige Schreibmaschinistin

die Stenographie beherrscht, sofort gesucht.
Westermann & Co., Schwarzberg,
Metallwarenfabrik.

Ein Pferd

ca 170 cm groß, 8 Jahre, dunkelbraun, Oldenburg-
ger Schlag, fehlerfrei, zu verkaufen.
Bermersgrün Nr. 35.

Kinderwagen

zu verkaufen.
In erst. im Aue Tagblatt.

Bedenken Sie,

das man
gut und vorteilhaft kauft bei
Möbel-Schmidt
Teleph. 887 Albertstr. 8
Eigene Werkstätte.

Waschleiste!!

aus erster Hand
hart, hellgelb,
ca. 280 Gr. Nr. 1100
Riegel
einstgl. Versand, ab Fabrik.
8 Altkov. Postl. unt. Nachn.
W. Wegner, Gelsenstr. 15,
Bismarckstr. 15, erbeten.

Alle Abfälle

Papier, Zeitschriften,
Lumpen, Knochen,
Eisen, Metalle
kauft S. Reichner, Aue,
Mittelstraße 23.

Wohnzimmer

Wohnzimmer
abends 8 Uhr.
Ergebnis folgt in
— Ende 12 Uhr.
Gut Gutes.

Wohnzimmer

Wohnzimmer
abends 8 Uhr.
Ergebnis folgt in
— Ende 12 Uhr.
Gut Gutes.

Wohnzimmer

Wohnzimmer
abends 8 Uhr.
Ergebnis folgt in
— Ende 12 Uhr.
Gut Gutes.